

„Obamas Ziele sind realistischer“

Professor Bierling sieht in der Lösung der Wirtschaftskrise den Schlüssel im US-Wahlkampf

Der US-Präsidentschaftswahlkampf tritt in die entscheidende Endphase ein. Amtsinhaber Barack Obama von den Demokraten und sein republikanischer Herausforderer Mitt Romney müssen in den kommenden Wochen noch einmal ihre Wähler mobilisieren. Vier Wochen vor der Wahl ist der Ausgang der Abstimmung noch völlig offen. In einer landesweiten Umfrage zog Herausforderer Mitt Romney, der nach seinem gelungenen Auftritt bei einem Fernseh-Duell in der vergangenen Woche auf der Erfolgswelle schwimmt, an Amtsinhaber Barack Obama vorbei. In einer am Montag in Washington veröffentlichten landesweiten Umfrage des Forschungszentrums Pew konnte Romney Obama mit 49 zu 45 Prozent hinter sich lassen. Allerdings soll Obama weiter in den meisten der neun als umkämpft angesehenen US-Staaten vorn liegen. Im wieder spannender gewordenen Wahlkampf gibt es als nächsten Höhepunkt das TV-Duell zwischen den Vizepräsidentschaftskandidaten. Romneys Kandidat, der Abgeordnete Paul Ryan, wird am Donnerstag auf Joe Biden treffen. Am nächsten Dienstag kommt es dann wieder zu einem Schlagabtausch zwischen Obama und Romney.

Über die Herausforderungen und die Chancen der Kandidaten sprach Prof. Dr. Stephan Bierling mit unserer Zeitung. Bierling ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg. Seine letzten Bücher waren „Geschichte des Irakkriegs“ und „Nelson Mandela“.

Mit seiner Botschaft vom Wandel und dem Slogan „Yes we can“ ist Barack Obama vor knapp vier Jahren in das Weiße Haus eingezogen. Was ist von der damaligen Euphorie übrig geblieben?

Bierling: Nichts – die hohe Arbeitslosigkeit hat ihr schnell den Garaus gemacht. Amerika ist angeschlagen, wirtschaftlich, außen- und innenpolitisch, aber auch mental.

Was halten Sie für Obamas größte Erfolge?

Bierling: Er hat den Absturz der amerikanischen Wirtschaft in eine Depression wie in den 1930er-Jahren verhindert. Seine Gesundheitsreform ist eine historische Leistung. Und er hat den Irakkrieg beendet, Osama bin Laden zur Stre-



US-Präsident Barack Obama (links) muss seinen Herausforderer, den Republikaner Mitt Romney, auf Distanz halten.

cke gebracht und den Abzug aus Afghanistan eingeleitet.

Obama bittet die Wähler nun um mehr Zeit, um sein Regierungsprogramm vollends umsetzen zu können. Hat er diese Chance verdient?

Bierling: Ja, er hat in seiner ersten Amtszeit einiges erreicht und keine katastrophalen Fehler gemacht. Seine Pläne für die nächsten vier Jahre sind auch realistischer als die seines Gegenkandidaten.

Die US-Arbeitslosenquote ist erstmals seit Obamas Amtszeit auf knapp unter acht Prozent gefallen. Wie wichtig ist dies für den Amtsinhaber?

Bierling: Das ist sehr wichtig, vor allem nach seinem erbärmlichen Auftritt in der ersten Fernsehdebatte mit Herausforderer Mitt Romney. Obama muss aufpassen, dass er nicht in der Defensive bleibt in den letzten Wahlkampfwochen. Da helfen die besseren Arbeitsmarktzahlen ungeniem.

Was kann Mitbewerber Mitt Romney dem entgegensetzen?

Bierling: Wirtschaftskompetenz. Er hat viel Geld verdient als Manager und die Olympischen Winterspiele in Salt Lake City im Jahr

2002 sehr gut organisiert. Er hat eine hoch motivierte Republikanische Partei hinter sich, die Obama hasst und ihn unbedingt loshaben will.

Hat Romney mit seiner Äußerung, 47 Prozent der Amerikaner seien Schmarotzer und interessierten ihn nicht, sein Schicksal bereits besiegelt?

Bierling: Das war saudumm. Es gibt eine Grundregel in der Politik: Beschimpfe nie potenzielle Wähler! Eigentlich war Romney damit erledigt. Aber Obama hat ihn mit seiner schwachen Vorstellung bei der Fernsehdebatte zurück ins Spiel kommen lassen.

Was erwarten Sie sich vom zweiten Rededuell?

Bierling: Das ist diesmal ein anderes Format, das Publikum wird mit Fragen einbezogen. Obama kommt das entgegen. Er hat einfache Probleme mit einem Duell Mann gegen Mann, da wirkt er defensiv und geschwätzig. Obama muss diesmal in die Offensive gehen, um nicht wieder als Schwächling dazustehen.

Welcher Präsidentschaftskandidat wäre aus europäischer Sicht die bessere Wahl?

Bierling: Leichter Vorteil Obama. Er ist eher an Zusammenarbeit interessiert als Romney. Aber wer auch immer gewinnt: Die Zeiten, wo Amerika für die Europäer die Kastanien aus dem Feuer holt wie im Bosnien- oder Kosovokrieg in den 1990er-Jahren, sind vorbei. Europa muss sich darauf einstellen, selbst mehr außenpolitische Verantwortung zu übernehmen – Amerika sieht seine Zukunft im pazifischen Raum.

Von welchen Themen wird die amerikanische Politik in den kommenden vier Jahren geprägt sein?

Bierling: Das Wichtigste ist die Wiederbelebung der Wirtschaft. In den letzten vier Jahren hat sich die Lage zwar stabilisiert, aber es geht nur langsam bergauf. Dann muss das gigantische Haushaltsdefizit Schritt für Schritt abgebaut werden, ohne das Wachstum anzuwürgen. Außenpolitisch stehen das iranische Nuklearprogramm und die Konflikte zwischen China und seinen Nachbarn im Mittelpunkt. Bei- des könnte zu Kriegen führen, und die will Amerika am allerwenigsten, weil es in beide hineingezogen werden würde.

Interview: Dr. Gerald Schneider

Frankreichs Parlament segnet Fiskalpakt ab

Paris. (dapd) Mit überwältigender Mehrheit hat die französische Nationalversammlung am Dienstag für den EU-Fiskalpakt gestimmt. 477 der 568 anwesenden Abgeordneten ratifizierten den Vertrag, der eine stärkere Haushaltsdisziplin in der EU durchsetzen soll. Nur 70 Parlamentarier, darunter die Mehrheit der mitregierenden Grünen und die Linksfrente, lehnten den Text ab.

Bundeswehr übergibt Feisabad an Afghanen

Kabul. (dpa) Die Bundeswehr hat eines ihrer drei großen Camps in Afghanistan verlassen. Nach acht Jahren Präsenz in der Region übergab sie gestern den Truppenstandort Feisabad, in dem rund 250 deutsche und 160 mongolische Soldaten stationiert waren, an die Afghanen. Damit seien die letzten Kräfte der Internationalen Schutztruppe ISAF aus dem Nordosten Afghanistans abgezogen, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Nordkorea droht USA mit Raketenangriffen

Seoul. (dapd) Pjôngjang hat eine neue Drohung an die Adresse Washingtons gerichtet und erklärt, nordkoreanische Raketen könnten neben Südkorea und Japan auch das Festland der USA erreichen. Mit der Warnung am Dienstag reagierte Nordkorea auf ein Abkommen zwischen den USA und Südkorea, nach dem Seoul die Reichweite seiner Raketen auf bis zu 800 Kilometer nahezu verdreifachen darf.

Mursi erlässt Amnestie für Demonstranten

Kairo. (dapd) Nach genau 100 Tagen im Amt hat der ägyptische Präsident Mohammed Mursi alle politischen Gefangenen begnadigt, die wegen des Volksaufstands gegen den gestürzten Machthaber Husni Mubarak verhaftet wurden. Mit dem Dekret sollen all diejenigen freikommen, die in Verbindung mit Aktivitäten „zur Unterstützung der Revolution“ eingesperrt wurden.

Synode will Glauben wiedererwecken helfen

Rom. (dpa) Die deutschen Bischöfe erwarten von der Synode in Rom neue Anstöße für die Wiedererweckung des Glaubens. Es gehe darum, neue Wege der Glaubensverkündigung finden – in der Sprache und bei den Methoden, erläuterte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, gestern in Rom. Bei der Synode beraten bis zum 28. Oktober mehr als 260 Bischöfe aus aller Welt sowie rund 140 Fachleute über „Die neue Evangelisierung – Für die Weitergabe des christlichen Glaubens“.

Netanjahu kündigt rasche Neuwahlen an

Jerusalem. (dapd) Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat vorgezogene Parlamentswahlen für Anfang 2013 angeordnet. Er sei gezwungen, die Wahl acht Monate früher als geplant abhalten zu lassen, da sich die Regierungskoalition nicht auf einen Staatshaushalt einigen könne, sagte Netanjahu am Dienstag in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache. Ein genaues Datum nannte er nicht, betonte aber, er spreche sich für einen möglichst kurzen Wahlkampf aus. Die Wahl solle nach den mindestens vorgeschriebenen drei Monaten stattfinden.

Wütende Proteste gegen Merkel in Athen

Zehntausende Griechen haben beim Besuch von Angela Merkel in Athen gegen die internationalen Sparauflagen und den Euro-Kurs der Kanzlerin protestiert. In der Innenstadt kam es gestern Nachmittag vereinzelt zu Ausschreitungen. Die Polizei setzte Tränengas, Blendgranaten und Schlagstöcke ein.

Demonstranten diffamierten die Kanzlerin erneut mit Nazi-Vergleichen. Einige trugen Wehrmachts- und SS-Uniformen, Hakenkreuzfahnen wurden verbrannt, 7000 Sicherheitskräfte waren im Einsatz und riegelten das Regierungsviertel ab. Die Polizei meldete zunächst 50 Festnahmen.

Merkel war gestern Mittag zu ihrem ersten Griechenland-Besuch seit Beginn der Euro-Krise vor drei Jahren in Athen eingetroffen. Am Flughafen wurde sie von Ministerpräsident Antonis Samaras mit militärischen Ehren empfangen. In der Innenstadt formierte sich zu diesem Zeitpunkt schon massiver Protest. Auf dem Platz vor dem Parlament und auf dem zentralen Omonia Platz versammelten sich nach Schätzung der Gewerkschaften rund 50000 Menschen, die Polizei sprach von etwas weniger als 40000 Demonstranten.

Mehrere Dutzend teils vermummte Demonstranten warfen Steine auf die Sicherheitskräfte, einige



Die Polizei nimmt einen Mann während der Demonstrationen fest.

versuchten eine Absperrung vor dem Parlament zu durchbrechen. Die Demonstration vor dem Parlament wurde am Nachmittag zwar aufgelöst, trotzdem kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Randalisierern und Polizei.

Einige Demonstranten trugen Transparente mit dem Spruch „Frau Merkel – get out!“ („Frau Merkel – hau ab“). Auch Plakate mit beleidigenden Aufschriften waren zu sehen: „Raus aus unserem Land, du Schlampe“ oder „Tochter Hitlers, raus aus Griechenland und kein Viertes Reich“. Zwei Griechen führten in der Menschenmenge vor dem Parlament mit einem Geländefahrzeug vor. Sie hatten sich als Wehrmachtssoldaten verkleidet und riefen „Merkel raus“. Wie schon bei einer Demonstration am Vorabend trugen linke Demonstranten ein großes Transparent mit der deutschen Fahne und einem abgedruckten Vers von Bertolt Brecht: „Angela weine nicht. Da ist nichts im Schrank, was zu holen wäre.“

Linken-Chef Bernd Riexinger nahm zusammen mit dem Chef des linksradikalen Syriza-Bündnisses, Alexis Tsipras, an der Demonstration vor dem Parlament teil. Die ursprünglich geplanten Reden der beiden wurden aber abgesagt. Der Grund blieb zunächst unklar. Der CDU-Europapolitiker Gunther Kirchbaum warf dem Linken-Chef vor, die Proteste in Athen durch seine Teilnahme anzuhetzen.

Michael Fischer, dpa



Der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras empfängt die Euro-Krisendiplomatin Angela Merkel, die dem krisengeschüttelten Land Zuversicht vermittelt.

Merkel macht den Griechen Mut

Kanzlerin sieht „Licht am Ende des Tunnels“ – Samaras betont Bedeutung des Besuchs

Von Sascha Meyer, dpa

Für eine Garderobe in den griechischen Nationalfarben Blau und Weiß hat sie sich nicht entschieden. An freundschaftlichen Gesten ist Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ansonsten aber sehr gelegen, als sie am Dienstag für eine Kurzvisite in Athen landet. Rund zwei Jahre schon dauert das europäische Ringen mit den überbordenden Staatsschulden Griechenlands, des Euro-Sorgenlands Nummer eins. Nun ist Merkel zum ersten Mal selbst im Zentrum der Turbulenzen. Es ist eine der heikelsten Dienstreisen ihrer Amtszeit, denn viel hat sich an Spannungen und Ressentiments in beiden Ländern zusammengebraut.

Am Flughafen empfängt Ministerpräsident Antonis Samaras die Kanzlerin gleich an der Treppe, auf der sie für ihren Fünfeinhalb-Stunden-Besuch aus der Maschine steigt. Es weht ein frischer Wind, die Kapelle spielt eine eher getragene Version der Hymnen. Gemeinsam in einer Limousine fahren Merkel und der griechische Premier zum

Gespräch in seinen Amtssitz. Ausdrücklich hatte der Premier Merkel gebeten, seinen Berliner Antrittsbesuch im August zu erwidern.

Über abgesperrte Straßen rauscht die Wagenkolonne ins Athener Zentrum. An Böschungen und Kreuzungen sind in regelmäßigen Abständen Polizisten mit schussicheren Westen postiert, manche in Zivil. Auf den Bürgersteigen stehen Schaulustige, an einer Stelle schirmen Sicherheitskräfte mit Helmen und Schutzschilden eine Gruppe mit einem Transparent ab. Wütende Protestaktionen gegen Deutschland – den ungeliebten Ermahner und wichtigsten EU-Hilfsgeber – bedrohen Merkel nicht zu Gesicht. Durch andere Straßen der Hauptstadt, in der 7000 Polizisten im Einsatz sind, ziehen aber zornige Demonstranten.

Den Zweck ihres Besuchs macht Merkel rasch klar: Solidarität und Ermunterung des europäischen Partners. „Ich bin zutiefst überzeugt, dass sich der schwierige Weg lohnt“, bestärkt sie Samaras für seinen im Land heftig umstrittenen Reformkurs. Und sichert – jenseits

internationaler Kredittranchen – Hilfe zu. Für zwei Projekte unter deutscher Federführung ist jetzt die Finanzierung über europäische Fonds klar, es geht um eine bessere Organisation des Gesundheitswesens und regionaler Verwaltungen. Auch ein Treffen mit deutsch-griechischen Wirtschaftsvertretern steht im Programm.

Auf demonstrativ versöhnliche Töne legt Merkel schon länger auch zu Hause Wert, nachdem selbst Politiker ihrer eigenen Koalition ungerührt über einen Euro-Abschied der Hellenen räsionierten. „Ich wünsche mir, dass Griechenland in der Euro-Zone bleibt“, wiederholt sie in Athen. Und beschwört den Zusammenhalt der Euro-Partner: „Wenn es einem nicht gut geht, geht es auch den anderen nicht gut.“ Nicht einmal das Reformtempo, das viele in Berlin zu schleppend finden, mag Merkel bewerten. Sie sei „nicht als Lehrerin oder Notengeberin“ gekommen. Und auch in Deutschland, zumal in den neuen Ländern, wisse man doch, wie lange Reformen dauern.

Samaras lässt keinen Zweifel, wie

wichtig Merkels Visite für sein Land ist – gerade in dieser Phase massiver Spannungen, die ihm um die Demokratie fürchten lassen. Der Besuch sei nichts weniger als der Beweis, dass die internationale Isolation durchbrochen sei, sagt er. Und gibt sich zuversichtlich für die nächsten Etappen: „Alle, die gewettet haben, dass Griechenland untergeht, werden diese Wette verlieren.“ Die Bitte um mehr Zeit für Reformen, die so schwer auf den Bürgern lasten, spricht er nicht an, warnt aber: „Unser Feind ist die Rezession.“

Ob Griechenland die dringend benötigte nächste Kredittranche der internationalen Geldgeber bekommt, bleibt ungewiss. Erst soll der schon mehrfach verschobene Kontrollbericht der Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds fertig sein. Das könnte womöglich bis November dauern. Merkel stellt auch in Athen keine Zugeständnisse bei den Sparauflagen in Aussicht und will schon gar keine Prognose abgeben. Nur so viel: „Ich glaube, dass wir Licht sehen werden am Ende des Tunnels.“

Tür für Finanztransaktionssteuer aufgestoßen

Elf Staaten machen mit – Schäuble erhält genug Unterstützung – Weiter Weg bis Einführung

Von Tobias Schmidt, dapd

Ihr Schicksal als Rohrkrepierer schien schon besiegelt – jetzt wird die Finanztransaktionssteuer in Deutschland und einer Gruppe weiterer EU-Länder doch das Licht der Welt erblicken. Insgesamt elf Staaten sagten auf dem Finanzministertreffen gestern in Luxemburg zu, bei der Abgabe auf Geldgeschäfte mitzumachen. Das sind sogar zwei mehr als notwendig, was das deutsch-französische Prestigeobjekt auf dem Weg der verstärkten Zusammenarbeit zu verwicklichen.

Der deutsche Ressortchef Wolfgang Schäuble (CDU) reagierte erleichtert. Die Zusage der elf sei „ein wichtiger Schritt“. Nicht zuletzt für den aufziehenden Bundestagswahlkampf. Denn die als „Gerechtigkeitssteuer“ gepriesene Abgabe ist auch der SPD ein populäres Anliegen. Indem er sie nun mit den EU-Partnern aufs Gleis setzt, nimmt Schäuble den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln.

Schon seit Jahren ist die Abgabe ein europäisches und innerdeutsches Streitthema. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und der frühere französische Staatschef Nicolas Sarkozy hatten sich zu ihren Vorreitern ausgerufen. Mit der Steuer soll Spekulantent die Lust am Zocken genommen und der Branche ein legitimer Beitrag zur Bewältigung der

Finanzkrise abgeknöpft werden. Das Problem: Außerhalb der EU will niemand mitmachen. Und auch in vielen europäischen Hauptstädten gibt es massiven Widerstand, insbesondere in der Londoner City und in Stockholm. Und selbst Euro-Länder wie Luxemburg und die Niederlande bleiben draußen. Denn es drohen „verheerende Auswirkungen“, sagte Schatzmeister Jan Kees de Jager. Die Finanzplätze befürchten das Abwandern der Branche, ja sogar einen zusätzlichen Konjunkturdämpfer.

Wegen der verfahrenen Lage hat die Koalitionspartner schließlich ein – und die Suche nach genügend Verbündeten in der EU begann.

Gestern schließlich wurde die notwendige Mindestzahl übertroffen, wie EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta verkündete. Zuletzt hätten Estland, Spanien, Italien und die Slowakei zugesagt. Der Brief aus Griechenland war erst am



Haben eine wichtige Hürde genommen: Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble (r.) und sein französischer Amtskollege Pierre Moscovici.

Montag eingegangen: Genau einen Tag vor dem Besuch Merkels. Mit im Boot sind neben Deutschland und Frankreich auch Österreich, Belgien, Slowenien und Portugal.

Bis zur tatsächlichen Einführung ist es aber noch ein weiter Weg: Steuerkommissar Semeta muss – sobald alle Unterschriften wirklich vorliegen – seinen Vorschlag für die Gruppe der Steuer-Freunde anpassen. Das soll bis zum November erfolgen. Aber auch die Gegner müssen das Vorprechen absegnen. Der britische Schatzkanzler George Osborne machte klar: Er will vorher genau wissen, welche Geschäfte wie hoch besteuert werden sollen. Und vor allem: welche wirtschaftlichen Auswirkungen das haben wird.

Und es gibt noch eine letzte, nicht gerade niedrige Hürde: Die willigen Länder müssen sich darauf einigen, wie sie die erhofften Einnahmen ausgeben wollen. Die österreichische Ressortchefin Maria Fekter sagte gestern, das Geld könne „für gemeinsame Sicherheitsnetze wie die Einlagensicherer oder die Liquidation von Banken“ verwendet werden. Sie könne ihren Landsleuten nicht vermitteln, dass sie etwa „die Sparguthaben der Zyprioten sichern müssen. Da soll es eine neue Quelle geben“. Das jedoch ist mit Berlin nicht zu machen. Schäubles Position: Das in Deutschland eingenommene Geld muss allein ins deutsche Staatsäckel fließen.

870 Millionen Menschen müssen hungern

UN-Bericht zeigt Ausmaß der Unterernährung auf, gibt aber auch Anlass zur Hoffnung

Rom. (dpa) Weltweit leidet jeder Achte Hunger – insgesamt rund 870 Millionen Menschen. Das geht aus dem neuen UN-Welthungerbericht hervor. Obwohl es im Kampf gegen die chronische Unterernährung größere Fortschritte gegeben habe als bislang angenommen, sei die Zahl noch immer inakzeptabel hoch, teilten die Organisationen FAO, Ifad und WFP gestern in Rom mit. Es sei nicht hinnehmbar, dass mehr als 100 Millionen Kinder unter fünf Jahren untergewichtig seien und dass jedes Jahr 2,5 Millionen Kinder an Hunger sterben.

Gestiegen sei die Zahl der Hungernden in afrikanischen Ländern südlich der Sahara, speziell in Burundi und der Elfenbeinküste, heißt es in dem Bericht. Betroffen seien ebenso Usbekistan, Guatemala und der Irak. Vor allem in Südost- und Ostasien sowie in Lateinamerika gebe es dagegen Erfolge.

Angesichts neuer, methodisch angepasster Berechnungen kann nach Einschätzung der Organisationen bei entsprechenden Anstrengungen das UN-Millenniumsziel noch erreicht werden. Das sieht vor, bis 2015 den Anteil der Hungernden zu



Jedes Jahr sterben 2,5 Millionen Kinder, weil sie nicht genug zu essen haben.

halbieren. Noch vor einem Jahr hatten die UN-Organisationen bezweifelt, dass angesichts von Finanz- und Nahrungsmittelkrise dieses Ziel erreichbar ist. Voraussetzung seien stabile Nahrungsmittelpreise und wirtschaftliche Erholung.

Wachstum und Armutsbekämpfung stünden nicht im Widerspruch, unterstrichen die UN-Organisationen. Im Gegenteil: Wachstum helfe auch den Armen, sie müssten aber einbezogen werden. Auch Bildung sei ein wichtiges Thema.

Ein wesentlicher Grund für den Hunger sei die Vernachlässigung des Agrarsektors in der Entwicklungszusammenarbeit, sagte Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU). Die Bundesregierung kon-

zentrierte sich bei ihrem Entwicklungengagement verstärkt auf die Bauern und ihre Familien. Kleinbauern seien oft am meisten von Not betroffen, aber auch der Schlüssel zur Überwindung von Krisen. Die Rechte von Frauen müssten gestärkt werden.

In den Entwicklungsländern allein haben etwa 850 Millionen Menschen nicht genug zu essen. Jedoch ging nach neuen Berechnungen der Anteil der Hungernden an der Bevölkerung von 23,2 Prozent in den 1990er-Jahren auf nun 14,9 Prozent zurück. „Das ist eine gute Nachricht“, sagte der Generaldirektor der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), José Graziano da Silva. „Wir müssen aber anerkennen, dass die Zahl immer noch zu hoch ist. Die einzige akzeptable Zahl für Hunger ist Null.“

Nach den neuen Berechnungsmethoden, die unter anderem neue Bevölkerungszahlen berücksichtigen, lag im Zeitraum von 1990 bis 1992 die Zahl der Hungernden in den Entwicklungsländern bei 980 Millionen, früher war sie auf 833 Millionen geschätzt worden.